

Europapolitik – Das Versagen des Systems Merkel

## Merkel in der Krise: „Ich sage ganz klar ...“

---

„Griechenland ist nicht zahlungsunfähig und deshalb ist die Frage der Hilfen auch nicht die, die wir jetzt diskutieren müssen.“  
Angela Merkel, 21. März 2010

Seit Anfang 2010, als die griechische Schuldenkrise begann und sich seither zur Existenzkrise der gemeinsamen europäischen Währung, ja zur Krise der Europäischen Einigung verschärft hat, übt sich Bundeskanzlerin Angela Merkel in Führungsverweigerung. Niemals entschlossene Aktion, immer nur Reaktion. Keine Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Die Augen ständig bang auf die Augenblicks-Stimmung der Wähler gerichtet, ein Schwanken und Wanken, statt entschlossen für Europa zu stehen. Statt Problemlösung nur Verweigerung mit kurzen Verfallsdaten.

Das immer wiederkehrende Muster der Kanzlerin und ihrer Regierung in der Krise: Probleme leugnen – Gegenmaßnahmen verweigern – unter dem Eindruck weiterer Krisenverschärfung die gerade noch geforderte Position räumen – weitergehende Probleme leugnen – und so weiter und so weiter. Das System Merkel macht Deutschland und Europa zu Getriebenen der sich verschärfenden Unsicherheiten. Inzwischen grassieren weltweit die Zweifel am Willen und an der Kompetenz der europäischen Politik, die Krise wirksam zu bekämpfen. Merkel schadet der deutschen und der europäischen Wirtschaft, sie schadet dem Ansehen Deutschlands und Europas in der Welt.

Der in der vergangenen Woche zwischen der Bundeskanzlerin, ihrem überforderten Vizekanzler Rösler (FDP) und ihrem Minister Ramsauer (CSU) offen ausgetragene Streit über das weitere Vorgehen im Fall Griechenlands ist zweifellos ein Gipfel des Regierungsversagens. Ein unrühmlicher Höhepunkt der kompletten Handlungsunfähigkeit.

Die Schadensbilanz von Schwarz-Gelb wächst Woche für Woche. Während Europas Einheit in die schwerste Krise seit den Römischen Verträgen rutscht, legt die FDP mit einem Mitgliederbegehren die Politik Deutschlands als stärkster Wirtschaft und größtem Land in der Mitte Europas für Monate lahm. Diese Partei ist nicht regierungsfähig. Sie liebäugelt mit antieuropäischem Populismus, um ihren eigenen Niedergang aufzuhalten. Schwarz-Gelb ist am Ende. Merkel steht ohne Autorität und ohne Mehrheit in der wichtigsten Frage ihrer Amtszeit da.

**Merkel selbst trägt dafür die Verantwortung. Sie klärt nicht auf. Ihr Reden ist Täuschung. Es hat wenig mit dem eigenen Handeln und noch weniger mit der Realität der Krise zu tun, wie die folgende Zusammenstellung noch einmal zeigt:**

<p><b><u>Merkel sagt:</u></b>                  28.02.2010 ; <i>ARD Bericht aus Berlin</i>                  „Wird es deutsche Milliardenhilfen geben?“                  Antwort der Bundeskanzlerin: „Das ist ausdrücklich nicht der Fall“.</p>	<p><b><u>Was passiert?</u></b>                  07.05.2011                  Der Deutsche Bundestag beschließt auf Antrag der Bundesregierung, dass sich Deutschland mit 22,4 Mrd. € am ersten Rettungspaket für Griechenland beteiligt.</p>
<p><b><u>Merkel sagt:</u></b>                  21.03.2010; <i>Presse- und Informationsamt der Bundesregierung</i>                  „Bundeskanzlerin Merkel hat vor einer weiteren Diskussion über mögliche Hilfsmaßnahmen der Europäischen Union für Griechenland gewarnt. Es drohe keine Zahlungsunfähigkeit Griechenlands, sagte die Kanzlerin im Deutschlandfunk. Auf dem EU-Gipfel kommende Woche seien Hilfen für Griechenland daher kein Thema.“</p>	<p><b><u>Was passiert?</u></b>                  25.03.2010                  Die Finanzminister der Eurogruppe sagen Griechenland ein Hilfspaket freiwilliger bilateraler Kredite unter Beteiligung des Internationalen Währungsfonds zu.</p>
<p><b><u>Merkel sagt:</u></b>                  02.05.2010; <i>Bild am Sonntag</i>                  „In letzter Konsequenz muss es künftig möglich sein, einem Land, das seine Verpflichtungen nicht einhält, zumindest vorübergehend das Stimmrecht zu nehmen. Deutschland hält das für unerlässlich. ...“</p>	<p><b><u>Was passiert?</u></b>                  Nichts.</p>
<p><b><u>Schwarz-Gelb sagt:</u></b>                  3.5.2010; <i>FV Kauder CDU/CSU in BILD</i>                  „Griechenland muss Einzelfall bleiben“                   5.5.2010; <i>Haushaltspolitischer Sprecher Fricke (FDP) Plenardebatte</i>                  2./3. Lesung 1. Griechenlandpaket                  „Es bleibt bei 22,4 Milliarden Euro“ ... „Es wird kein einziger Cent mehr“</p>	<p><b><u>Was passiert?</u></b>                  21.05.2010                  Der Deutsche Bundestag beschließt den 750-Mrd.-Euro-Rettungsschirm. Deutscher Anteil zunächst 123 Mrd. €</p>

<p><b><u>Merkel sagt:</u></b>          14.06.2010; <i>Pressestatements von BK Merkel und dem französischen Präsidenten Sarkozy</i>          " ...Was es nicht geben kann, ist ein Herauskaufen von Ländern in finanziellen Schwierigkeiten. ..."</p>	<p><b><u>Was passiert?</u></b>          10.05.2010          Bereits im Mai 2010 hat die EZB den Ankauf von Staatsanleihen hoch verschuldeter Länder des Euroraums beschlossen.           21.07.2011          Im Juli 2011 beschließen die Staats- und Regierungschefs der EU, dass künftig auch die EFSF Anleihen von Krisenländern aufkaufen kann.</p>
<p><b><u>Merkel sagt:</u></b>          28.09.2010; <i>Angela Merkel in Spiegel Online</i>          „Eine Verlängerung der jetzigen Rettungsschirme wird es mit Deutschland nicht geben.“</p>	<p><b><u>Was passiert?</u></b>          24./25.03.2011          Die Staats- und Regierungschefs beschließen die Einrichtung des permanenten Rettungsfonds ESM ab 2013.</p>
<p><b><u>Merkel sagt:</u></b>          29.09.2010; <i>EU-Ausschuss des Deutschen Bundestages</i></p> <p>Zur Finanztransaktionssteuer:          Die Regierung sei "schon so weit" zu gucken, "wer ist im Euroraum überhaupt dafür zu gewinnen"... Man arbeite aber sicher an der Umsetzung. Schließlich finde sich im Haushaltsplan eine entsprechende Einnahmeposition.</p>	<p><b><u>Was passiert?</u></b>          In der Sache bislang nichts. Die Bundesregierung streicht die Position im Haushaltsentwurf 2012.</p>
<p><b><u>Merkel sagt:</u></b>          06.12.2010; <i>Angela Merkel im Manager Magazin</i>          „Ich sehe zurzeit keine Notwendigkeit, den Fonds zu vergrößern“ ...</p>	<p><b><u>Was passiert?</u></b>          24./25.03.2011          Die Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Länder bestätigen die Aufstockung des Rettungsfonds EFSF.</p>

<p><b><u>Merkel sagt:</u></b>          13.12.2010; <i>Pressestatement BKin Merkel (Regierung online)</i>           „...so habe ich deutlich gemacht, dass ich nicht glaube, dass uns die Vergemeinschaftung der Zinsen, ..., strukturell hilft</p>	<p><b><u>Was passiert?</u></b>          21.07.2011          Im Juli 2011 beschließen die Staats- und Regierungschefs der EU einen einheitlichen Zinssatz von 3,5 % für die vom EFSF an die Krisenländer vergebenen Kredite.</p>
<p><b><u>Merkel sagt:</u></b>          24.03.2011; <i>99. Sitzung des Deutschen Bundestages, 17. WP</i>          „Es wird weder regelmäßige noch dauerhafte Transferleistungen geben.“</p>	<p><b><u>Was passiert?</u></b>          21.07.2011          Im Juli 2011 beschließen die Staats- und Regierungschefs der EU das zweite Rettungspaket für Griechenland.</p>
<p><b><u>Merkel sagt:</u></b>           „Keine Eurobonds ...“</p>	<p><b><u>Was wird passieren?</u></b></p>